

Gesellschaftliche Auswirkungen nach Einführung des SÄFöG (Hartz IV)

Andreas Beck

In der letzten Zeit hat es wohl kaum eine Gesetzesänderung gegeben die innerhalb kurzer Zeit derart tiefgreifend das Leben von Millionen Bürgern beeinflusst. Der wesentliche Punkt von Hartz IV [1, 2] führt zu massiven finanziellen Einschnitten bei den Betroffenen und zu weiteren Kaufkraftverlusten mit ihren negativen Folgen in weiten Teilen der Bevölkerung. Die erste Zeit werden viele Betroffene versuchen mit dem Geld auszukommen, aber es wird sich bald herausstellen, daß dies unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist. Das eigentliche Problem, der Mangel an Arbeitsplätzen, wird von diesem Gesetz in keinster Weise angegangen. Im Gegenteil, durch den zu erwartenden Kaufkraftverlust wird wohl die Arbeitslosenzahl weiter steigen. Darüberhinaus werden fortwährend neue Vorschriften erlassen, die es den Bürgern erschweren für sich selber zu sorgen. Genaugenommen wird jedwede Eigeninitiative durch behördliche Maßnahmen schon im Vorfeld erstickt. Politisch gewollt sind anscheinend nur Arbeitsplätze bei Großunternehmen, jedoch keine Eigenständigkeit der Bürger. Die Großunternehmen hingegen sehen ihre Zukunft nicht in Deutschland, denn es werden seit langem nicht nur Arbeitsplätze aus der Produktion, sondern auch aus Forschung und Entwicklung ins Ausland verlagert. Damit einher geht auch immer ein Verlust an Fachwissen („brain drain“), da die besten Mitarbeiter in der Regel mitwandern werden. Doch dies betrifft nicht nur Wissenschaft und Technik, ähnliches sieht man auch seit Jahren bei Kunst und Kultur. Wer etwas erreichen kann oder erreicht hat, verläßt Deutschland vernünftigerweise. Man sollte bei dieser Entwicklung nicht den Fehler machen, nun alles nur mit zu hohen Steuern zu begründen, obschon dies alleine ein ausreichender Grund ist. Es geht auch um die gesamten Rahmenbedingungen, denn Vielfalt und Freiheit sind in diesem Land unerwünscht.

Zumindest die Flucht vor hohen Preisen und Steuern ist inzwischen auch beim Normalbürger nichts Ungewöhnliches mehr. Jeder der in erreichbarer Nähe einer Grenze lebt verlegt viele seiner Einkäufe ins Ausland oder nimmt

Angebote eines Schwarzmarktes in Anspruch. Ebenso lohnenswert, kann die Verbindung von Urlaub mit einer medizinischen Behandlung (kosmetische Korrekturen, Zahnbehandlung) sein. Selbst wesentliche Meilensteine im Leben der Menschen werden inzwischen von den Bürgern gern ins Ausland verlagert. Geheiratet wird wegen minimaler Bürokratie in Dänemark. Hier hat die Gemeinde Sønderborg der deutschen Bürokratie eine willkommene Einnahmequelle zu verdanken. Selbst begraben wollen hier viele nicht mehr sein. Der „Beerdigungstourismus“ auf der Suche nach Grabstellen oder alternativen Bestattungsmöglichkeiten in die Niederlande oder nach Tschechien nimmt ebenfalls zu.

Es ist also offensichtlich, daß die politischen Vorgaben in fast jedem Bereich einen Migrationsdruck erzeugen, wie man ihn bisher nur von Entwicklungsländern her kannte: Das Volk ist gezwungen sein Land zu verlassen, um über die Runden zu kommen. Interessant an dieser Entwicklung ist jedenfalls, daß in der Politik die Meinung richtigen Handels vorherrscht und jeglicher Anflug von Selbstkritik fehlt. Generell lassen sich die politischen Entscheidungen seit einigen Jahren allesamt auf zwei grundlegende Maßnahmen zurückführen:

- Erhöhung von Steuern und Abgaben
- Verstärkte Überwachung des Bürgers

Einerseits ist dies für das Ideal einer freiheitlichen Gesellschaft eine ernste Gefahr, teilweise sind die Grenzen zur Diktatur bereits überschritten, andererseits lassen sich diese Maßnahmen auch nicht durch irgendwelche Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik rechtfertigen. Eigenverantwortung wird zwar permanent gefordert, aber Staat und Politik sind nicht bereit, die für die Eigenverantwortung notwendige Entscheidungsfreiheit zu gewähren. Die Zeit für eine radikale Umkehrung der Bewegungsrichtung des Systems ist somit längst gekommen.

Mit der Reform des Arbeitsmarktes und der Einführung von Hartz IV hat die Politik endgültig den Kampf

gegen das eigene Volk aufgenommen. Auf Grund der neuen Gesetzeslage zum 01.01.2005 fehlt jeglicher Anreiz den Versuch zu unternehmen auf legale Art und Weise etwas hinzuzuverdienen, da nach Anrechnung auf die Arbeitslosenhilfe II praktisch nichts mehr übrig bleibt. Jeder der in dieser Situation ein Zubrot aufzutut und dies auch angibt, handelt nur aus Angst oder Dummheit. Daher kann man Hartz IV auch ohne weiteres als das erste echte Schwarzarbeitsförderungs-gesetz (SAFöG) bezeichnen. Es ist also eine drastische Zunahme von Schwarzarbeit und Schwarzhandel zu erwarten, da es keine brauchbaren Alternativen gibt. Bereits jetzt wurden die Gesetze zur Bekämpfung der Schwarzarbeit massiv verschärft. De facto können die Zollbehörden unter dem Stichwort der Schwarzarbeit praktisch alle Daten von anderen Behörden sammeln, Privaträume und -autos kontrollieren und Einsicht in etliche Unterlagen verlangen. [3, 4]

Gleichzeitig belegen regelmäßig Umfragen aus verschiedenen Quellen die zunehmende Akzeptanz von Schwarzarbeit in der Bevölkerung. [5, 6, 7] Anstatt also adäquate Problemlösungen zu finden, wird lieber mit zunehmender Härte gegen Teile der Bevölkerung vorgegangen. Immerhin beweist jeder einzelne Schwarzarbeiter, daß er *arbeitsfähig* und *arbeitswillig* ist und auch in der Lage war eine Stelle zu finden. Anscheinend liegen also auch hier Welten zwischen den Vorstellungen der Politiker und der Bevölkerung. Daher muß es durchaus erlaubt sein die Frage zu stellen, ob es sinnvoll ist, Menschen die für ihren Lebensunterhalt sorgen wollen zu kriminalisieren oder ob die Gesetzeslage als Solche nicht stimmt.

Doch die Auswirkungen werden weitaus umfassender für die Gesellschaft sein. Allein schon durch die massiven Befugnisse der Ermittlungsbehörden ist der Bürger gezwungen sich vor dem Staat zu schützen. Jeder der noch irgendwelche Werte — und seien sie noch so gering — hat, wird versuchen zu retten was zu retten ist. Die dazu notwendigen Maßnahmen werden auch das Verhalten der Menschen in der Öffentlichkeit und zueinander ändern.

Sofern man dann überhaupt noch von wirtschaftlicher Tätigkeit sprechen kann, werden viele zu Selbstschutzmaßnahmen greifen müssen:

- Mit zu den ersten Schritten wird die Umwandlung von Werten in Bargeld gehören und damit einhergehend auch das Auflösen von evtl. vorhandenen Konten innerhalb der Familie (bis

auf eines für jeden Bezieher von Sozialhilfe), da in Deutschland de facto kein Bankgeheimnis existiert und alles vermieden werden muß, was Geldflüsse jedweder Art nachvollziehbar macht. Daher verbieten sich auch Kartenzahlungen aller Art. Bargeld lacht!

- Einkäufe im Versandhandel müssen ebenfalls vermieden werden, da auch hierbei nachweisbare Spuren von Geldflüssen entstehen.
- Wer meint sich ein Händi leisten zu müssen und zu können wird auch hier massive Vorsichtsmaßnahmen ergreifen müssen. Neben der obligatorischen Kostensenkung, muß der Versuch unternommen werden die Privatsphäre zu schützen, da Deutschland zu den Ländern mit einer der höchsten Abhörraten zählt. In Folge der Gesetzesänderungen hin zu mehr Kontrolle wird diese noch weiter ansteigen. Immer mehr Menschen müssen daher bedacht sein, längerfristige Mobilfunkverträge zu kündigen und auf Prepaid-Karten umzusteigen. Noch lassen sich diese durch Tausch und Einkauf auf dem sich weiter entwickelnden Schwarzmarkt leicht anonymisieren. Auch wird sich ein regelmäßiger Wechsel der Karten einbürgern. Trotz dieses Verhaltens wird man vorsichtiger sein müssen, welche Themen am Telefon offen angesprochen werden können.
- Im Gespräch mit Dritten muß jetzt mehr darauf geachtet werden, über welche Dinge offen gesprochen werden kann.
- Auch wenn bisher aus Unvorsichtigkeit oder Unwissenheit recht großzügig mit den privaten Daten umgegangen worden ist, wird sich dies ändern. Die Freigabe von privaten Daten an beliebigen Stellen kann nun endgültig zum Verhängnis werden. Die Vermeidung der Preisgabe von Daten muß oberstes Gebot sein. [8]
- Vielleicht setzt sich jetzt auch das Verschlüsseln von privaten und geschäftlichen e-Mails durch.

Der Staat wird diesem Treiben nicht so ohne Weiteres zusehen wollen und in seinem Kampf gegen die eigenen Bürger auf verstärkte Überwachung und Kontrolle setzen. Ein massiver Ausbau des Überwachungsstaates auf allen Ebenen und weitere Einschränkungen der Grundrechte

sind zu erwarten. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, werden sich wohl auch genügend Individuen finden, die die Aufgabe der Überwachung bereitwillig übernehmen. Ganz nebenbei entwickelt sich die Gesellschaft zunehmend hin zu einer Mißtrauensgesellschaft. Nach Terrorismusbekämpfung und Kinderpornografie wird jetzt Sozialbetrug das alles rechtfertigende Schlagwort werden. Alles in Allem also eine Entwicklung weg von einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Eine weitere durch den enormen Druck zu erwartende, aber in ihrer Größe bisher noch nicht einschätzbare Konsequenz, dürfte eine Zunahme psychischer Erkrankungen bis hin zu einem Ansteigen der Selbstmordrate sein. Inwieweit dann medizinische Hilfe in Anspruch genommen werden kann, hängt davon ab, ob eine Krankenversicherung besteht, da mit Sicherheit einige derjenigen, die nach Hartz IV nicht anspruchsberechtigt sind, und somit aus der Pflichtversicherung fallen, versuchen werden, den Beitrag einzusparen. [9]

Allerdings hat Bundeskanzler Schröder in seiner Ansprache bei der Gedenkveranstaltung zum 20.07.1944 im Bendler Block in Berlin darauf hingewiesen [10], es

„ ... müsse auch uns Nachgeborenen immer wieder Ansporn sein, die Werte von Freiheit und Toleranz, die wir heute für so selbstverständlich halten, stets aufs neue zu verteidigen ... “

Da es somit auch der Bundeskanzler — und die Beifall klatschenden Anwesenden ebenso — für ein legitimes Mittel hält eine mißliebige Regierung aus dem Amt zu bomben, soll er sich nicht wundern, wenn ihn die Jugend irgendwann beim Wort nimmt, insbesondere auch im Hinblick auf die merkwürdigen Vorstellungen seines Innenministers Schily und Anderen von einem freiheitlichen Land.

Anstatt also anstehende Probleme anzugehen, in dem das System als Ganzes und überkommene Beschränkungen in Frage gestellt werden und den Menschen die Freiheit gegeben wird sich ihr Leben zu gestalten, reagiert man nur durch Erhöhung von Abgaben und Zwangsmaßnahmen gegenüber denen, die nicht ausweichen können.

Literatur

1. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. 12. 2003 (Hartz IV): BGBl. I, 2003, Nr. 66 vom 29. 12. 2003, S. 2954 ff.
<http://217.160.60.235/BGBL/bgbl1f/bgbl103s2848.pdf>
2. Drittes und Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt.
AuS-Portal – Das Internetportal für Arbeitsrecht und Sozialrecht. Universität zu Köln.
http://WWW.AuS-Portal.DE/aktuell/gesetze/01/index_683.htm
3. <http://WWW.Zoll-stoppt-Schwarzarbeit.DE/>
4. http://WWW.Zoll-d.DE/e0_downloads/a1_vorschriften/a0_gesamtlste_gesetze/intensiv_bekaempf_schwarzarb.pdf
5. Mehr als jeder Zweite würde Schwarzarbeiter beschäftigen.
Immowelt-Redaktion, 28.07.2004
<http://WWW.Immowelt.DE/immobilien/NewsDetail.asp?GUID=A7E4C635D5AD47AAB59B9AC8022C1D58&TID=0>
6. Ist Schwarzarbeit für Sie akzeptabel oder lehnen Sie diese grundsätzlich ab? (EMNID-Institut im Auftrag von Chrismon)
<http://WWW.Chrismon.DE/ctexte/2003/12/12-umfrage.html>
7. <http://WWW.Chrismon.DE/ctexte/2003/12/schwarzarbeit.pdf>
8. Datenschutz ist Selbstschutz. A. Beck.
Attraktor 01/2004.
9. Hartz-IV-Reform — Krankenversicherung nicht inklusive. 28.07.2004
<http://WWW.Spiegel.DE/wirtschaft/0,1518,310763,00.html>
10. <http://WWW.Bundesregierung.DE/Nachrichten-,417.686321/artikel/Bundesregierung-gedenkt-der-Er.htm>

Copyright © 2004 Attraktor

Alle Rechte vorbehalten. Jegliche teilweise oder ganze Weiterverbreitung und Weiterverarbeitung in jedwedem Medium in Teilen oder als Ganzes bedarf der schriftlichen Zustimmung. Für die in den hier veröffentlichten Inhalten, Daten oder Programmen möglicherweise enthaltenen Fehler und den daraus resultierenden Schäden wird keine Haftung übernommen. Auch wird keine Verantwortung für die Inhalte von Seiten, auf die hier verwiesen wird („Verlinkung“) übernommen.